lichen Vereins zu Mittelfaida und Umgegend, die Ausbildung aller Fleischer als Trichinenschauer. In die Berathung wurde, mit Genehmigung des Staatsministers v. Nostitz, auch die mittlerweile eingegangene, hierher gehörige Petition Hoffmann's in Leipzig mit einbezogen.

Die Deputation beantragte: „1) Die Petition, gerichtet auf Ausbildung aller Fleischer als Trichinenschauer, auf sich beruhen zu lassen; 2) die übrigen Petitionen der k. Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.“

Graf Könneritz sprach sich, mit Hinblick auf die im Regierungsbezirk Merseburg gehandhabte Trichinenschau, für möglichste Verbreitung der Trichinenschau aus. Dies erfordere die auf die Volkswohlfahrt gerichtete Staatsfürsorge. Es sei dringend nöthig, nicht allein die Befähigung, als Trichinenschauer zu wirken, möglichst leicht zu machen, damit aber eine möglichste Leichtigkeit in Erlangung der Prüfung der Schlachtthiere und eine möglichst große Billigkeit der Prüfung herbeizuführen zu Gunsten der ärmeren Classen und namentlich der weiter auseinander wohnenden Landbevölkerung. Er stelle es der königlichen Staatsregierung dringend anheim, thunlichst an jedem ländlichen Orte auf Herstellung einer obligatorischen Trichinenschau Bedacht nehmen zu wollen.

Domherr Dr. Kästner sprach sich für sorgfältigste Controlirung der Trichinenschau aus, so weit dies überhaupt auf sanitäts- und medicinalpolizeilichem Wege möglich sein werde. Dringend wünschenswerth erschien es dem Redner, daß auch die Prophylaxis bei Beurtheilung der Mast- und Schlachtthiere sorgfältig beobachtet werde, um Material zu gewinnen, schon lebende Schweine als trichinenkrank zu erkennen.

Kammerpräsident Weitz legte großen Werth darauf, daß die Trichinenschau möglichst allgemein werde und die Anlernung thunlichste Erleichterung finde, damit allen Orten durch Apotheker, Wirthe, Thierärzte, Kaufleute, Barbiere, besonders aber durch die Schächter Prüfung der geschlachteten Schweine leicht erfolgen könne.

Graf Rex schloß sich dem Vorredner an und glaubt, daß namentlich die Heranziehung der Fleischer zur Trichinenschau äußerst wichtig sein müsse.

Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz erklärt, daß, wenn beide Kammern durch dießbezügliche Beschlüsse die Absicht und den Wunsch des Landes zum Ausdruck brächten, „eine allgemeine obligatorische Trichinenschau eingeführt zu sehen“, die Staatsregierung die Aufwendung der Kosten für beregten Zweck nicht scheuen und der Trichinenschau näher treten werde. Die heute in der Debatte zu Gehör gebrachten praktischen Erfahrungen, Vorschläge und Meinungen werde er bei Beurtheilung der Frage als überaus brauchbares Material benutzen.

Der Deputationsantrag fand hierauf einstimmige Annahme.

Bürgermeister Heinrich berichtete über die Petition des Gartenbesitzers Straubner in Zittau um Zurückerstattung von Erbschaftssteuer. Die Deputation beantragt: „1) Die Petition Straubner's auf sich beruhen zu lassen, 2) an die königl. Staatsregierung den Antrag zu richten: Dieselbe wolle die gegenwärtige Erbschaftssteuergesetzgebung durch eine entsprechende Verordnung dahin erläutern, daß dann, wenn in gemeinschaftlichen Testamenten von Ehegatten, Verwandte derselben bedacht sind, diese zur Erbschaftssteuer nur nach Maßgabe ihres Verwandtschaftsgrades mit demjenigen Testamentserrichter herangezogen werden, von welchem das ihnen zufallende Vermögen herrührte, und daß im Zweifelsfall angenommen werde, das Vermögen rühre von beiden Testamentserrichtern zu gleichen Theilen her; 3) die jenseitige Kammer zu ersuchen, daß sie dem Antrage unter 2) beitrete.“

Nachdem dem Antrage vom Regierungstische wohlwollende Erwägung seitens der k. Staatsregierung in Aussicht gestellt worden war, erfolgte bei Namensaufruf einstimmige Annahme des Deputationsantrags.

Sitzungsschluß erfolgte nach 2 Uhr.

Nächste Sitzung findet morgen Vormittag 11 Uhr statt.

Zweite Kammer.

† Dresden, 29. Februar. 57. öffentliche Sitzung. Beginn Vorm. 10 Uhr in Anwesenheit der Herren Staatsminister von Nostitz-Wallwitz, Geh. Räthe Böttcher und von Thümmel, Geh. Finanzrath Dr. Rittershädt und Finanzrath von Kirchbach.

Die Kammer erledigte in fortgesetzter Schlußberathung den Bericht der Finanzdeputation B über die auf Erbauung von Eisenbahnen und Errichtung von Haltestellen 2c. eingegangenen Petitionen. (Berichterstatter: Abg. Philipp.)

Zunächst stand zur Berathung

30) die Petition des Eisenbahncomités zu Langenau und zahlreicher Einwohner von Seifen, Burgstädt, Hohenkirchen, Rochsburg u. s. w. um Herstellung einer Eisenbahnverbindung der Bahnhöfe Langenau (Linie Glauchau-Wurzen) und Cossen (Linie Chemnitz-Leipzig).

Nach kurzer Befürwortung durch den Abg. Speck wurde beschlossen: diese Petition der königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu überweisen.

31) Der Ortsverein zu Langebrück und die Gemeinde-Vertretungen von Langebrück, Liegau, Seifersdorf, Schönborn und Grünberg bitten um Erweiterung der Haltestelle Langebrück.

Man beschließt die Ueberweisung dieser Petition an die königl. Staatsregierung zur Erwägung.

32) betrifft die Petition der Gemeinden Liebschwitz, Ottiche, Niebra, Laasenpreißnitz und Liebsch, sowie Bewohner dieser Orte wünschen die zukünftige Anlage eines Bahnhofes in Liebschwitz bei dem bevorstehenden Bau der Linie Gera-Wünschendorf.

Abg. Leithold unterstützte die Wünsche der Petenten.

Die Kammer überwies die Petition an die königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme.

33) Ein Eisenbahn-Comité Markneukirchen-Erlbach petitionirt um Erbauung einer normalspurigen Secundairbahn Markneukirchen-Erlbach.

Die Abgg. Wehner und Grahl sprachen für diese Petition, die gleichfalls an die königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme überwiesen wurde.

34) Der Pfarrer Dr. Schmidt und Genossen in Schöneck richten an die Kammer die Bitte, dieselbe wolle in Mulde bei Schöneck die Errichtung einer Haltestelle vermitteln.

Diese Petition erhielt dieselbe Censur: „Zur Kenntnißnahme“.

35) Das Comité für die Zschopauthalbahn und zahlreiche Genossen beantragen die Erbauung einer im Zschopauthal fortlaufenden schmalspurigen Secundairbahn von Niederwiesa nach Mittweida.

Hierzu sprachen die Abgg. Starke, May und Philipp.

Wie die Deputation vorgeschlagen, ward diese Petition ebenfalls „zur Kenntnißnahme“ an die k. Staatsregierung überwiesen.

36) Der Stadtrath und die Stadtverordneten zu Plauen i. V. ersuchen um Einrichtung der Haltestelle in Neundorf für den Güterverkehr.

Ueber das Maß der Befürwortung konnte in der Deputation eine Einigung nicht erzielt werden, da eine Mehrheit (die Abgeordneten Köfert, Heger, Bramsch, Kreßner, Geißke) nur für „Kenntnißnahme“, eine Minderheit (die Abgeordneten May, v. Polenz, Werner und der Berichterstatter) für „Erwägung“ sich erklärten.

Für die Mehrheit war ausschlaggebend, daß sie den Zustand zur Zeit noch für ausreichend ansah. Die Minderheit wünschte das Petitum von der Staatsregierung alsbald erörtert zu sehen.

Es ward infolgedessen von der Minderheit beantragt, die Kammer wolle beschließen:

„die Petition der Stadt Plauen um Einrichtung der Haltestelle Neundorf für den Güterverkehr der königlichen Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen“,

während die Mehrheit beantragt:

„die genannte Petition der königlichen Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben“.

Bei der Abstimmung wurde nach lebhafter Debatte der Antrag der Minderheit gegen 1 Stimme zum Beschluß erhoben.

37) Für die Herstellung einer womöglich normalspurigen Secundairbahn von Olbernhau via Neuhausen und Sayda nach Mulda, eventuell nach Bienenmühle verwendet sich ein Eisenbahncomité aus den betheiligten Ortschaften. Ein zweites Comité aus Seiffen, Heidelberg und Oberseiffenbach will die projectirte Verbindungslinie Olbernhau-Bienenmühle nicht über Heidelberg-Niederseiffenbach-Dittersbach-Neuhausen, sondern über Hirschberg-Seiffen gelegt wissen.

Unterstützt wurden die Petitionen von den Abg. Dr. Fischer, von Oehlschlägel und Uhlig.

Der Deputations-Antrag fand in folgender veränderter Fassung Annahme:

„die vorstehend bezeichneten, auf den Bau einer Eisenbahn Olbernhau-Sayda-Mulda oder Bienenmühle bez. über Neuhausen-Seiffen, mit Zweigbahn Olbernhau-Rübenau-Kallich gerichteten Petitionen der königl. Staatsregierung zur Erwägung zu übergeben“.

38) Das Eisenbahncomité zu Strehla a. d. E., der dortige Gewerbeverein und die dortige Zusammenlegungscommission petitioniren um Weiterführung der schmalspurigen Secundairbahn Döbeln-Oschatz bis nach Strehla.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Häring wird diese Petition der königl. Staatsregierung zur Erwägung überwiesen.

39) Die „schleunigste“ Herstellung einer Eisenbahn Plauen-Weischlitz-Pirk-Hof ist Gegenstand einer Petition eines Comités zu Plauen-Hof, sowie der Stadträthe zu Chemnitz, Greiz, Crimmitschau, Waldheim, Mittweida und Oelsnitz, der Handelskammer zu Plauen, sowie einer ganzen Anzahl von Landgemeinden und Corporationen.

Die Abg. Wehner, Zeidler, Kirbach und Opitz ergriffen hierzu das Wort.

Die Kammer beschloß die Ueberweisung der Petition an die königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme.

40) Die Gemeinde Paunsdorf petirt um Errichtung einer Haltestelle in Paunsdorf.

Die Deputation beantragte, diese Petition an die königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu überweisen.

Abg. Köckert sprach den Wunsch aus, daß bei Einrichtung der Omnibuszüge nach Wurzen in Paunsdorf angehalten werden möge.

Die Kammer beschloß, wie beantragt.

41) Der Gemeinderath zu Pirschen und zahlreiche Bewohner dieses Ortes beantragen die Errichtung einer Halte- und Güterabladestelle in Pirschen.

Nach kurzer Befürwortung des Abg. Bramsch ward diese Petition der königl. Staatsregierung zur Erwägung überwiesen.

42) Die Gemeindevorstände zu Niedergrünberg, Obergrünberg 2c. bitten um Errichtung einer Haltestelle Vonitz-Preußen.

Die Abgg. Oehmig und Leithold traten für diese Petition ein, welche der königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme überwiesen wurde.

43) Der Pfarrer Häusler in Ruppertsgrün und zahlreiche Genossen wünschen die Errichtung einer Haltestelle in Ruppertsgrün.

Abg. Zeidler befürwortete die Petition, deren Ueberweisung zur Kenntnißnahme beschlossen wurde.

44) Eine große Anzahl Bewohner von Schönheide, Schönheiderhammer und Eibenstock empfehlen die Einmündung der schmalspurigen Secundairbahn Wilkau-Saupersdorf in Bahnhof Schönheide, welches Verlangen die Abgg. Breitfeld und von Polenz unterstützten.

Die Petition wurde der königl. Staatsregierung zur Erwägung übergeben.

45) Der Stadtrath zu Eibenstock und die Gemeinderäthe zu Hundshübel, Wildenthal und Muldenhammer erbitten die Fortsetzung der Chemnitz-Aue-Adorfer Bahn nach Schönheide.

Abg. von Trebra trat hierfür ein.

Es ward diese Petition der königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme übergeben.

46) Alban Schneider und Genossen in Rittersgrün und Tellerhäuser wünschen die Verlängerung der Linie Schwarzenberg-Rittersgrün bis zur Landesgrenze.

Man ließ diese Petition auf sich beruhen.

47) Das Comité für die Schweinitzthalbahn bittet um baldige Erbauung einer Schmalspurbahn von Olbernhau über Hirschberg und Deutschneudorf nach Deutscheinsiedel.

Nach Befürwortung durch die Abg. v. Oehlschlägel und Dr. Fischer ward diese Petition der königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme übergeben.

48) Das Comité für die Secundairbahn Thum-Meinersdorf und Genossen verlangen eine Zweigbahn Oberherold-Thum-Meinersdorf.

Abg. Vollrath befürwortete zwar die Petition, die Kammer ließ jedoch dieselbe auf sich beruhen.

49) Der Gemeinderath zu Trachau bittet um Errichtung einer Haltestelle in Trachau bei Dresden. Abg. Bramsch sprach hierzu befürwortend.

Es ward die Ueberweisung der Petition zur Erwägung beschlossen.

50) Der Gewerbeverein und der Bezirksverein zu Meißen, sowie verschiedene dortige Industrielle petiren um eine Güterhaltestelle auch für den Stückgutverkehr im Triebischthal.

Abg. von Bosse betonte in längerer Rede die Nothwendigkeit der Erweiterung der Güterhaltestelle im Triebischthal im Interesse der Industrie der Stadt Meißen.

Die königl. Staatsregierung will die Möglichkeit erörtern lassen, ob sich vielleicht ein Stückgutverkehr für die am Wagenladungsverkehr betheiligten Firmen einrichten läßt, weshalb die Deputation beantragte: diese Petition der königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben.

Die Kammer beschloß demgemäß.

51) Die Petition um Einrichtung einer Güterhaltestelle in Ursprung ließ man auf sich beruhen.

52) Der Stadtrath von Reichenbach und der Stadtgemeinderath von Mylau erbitten eine Bahn von Voigtsgrün über Reichenbach und Mylau nach Greiz.

In einer Petition der Stadt Lengenfeld wurde der Anknüpfungspunct in Lengenfeld anstatt in Voigtsgrün gewünscht.

Vicepräsident Georgi erörterte in längerer Ausführung die Bedürfnißfrage für die Bahnverbindung über Reichenbach und Mylau nach Greiz.

Abg. Opitz unterstützte den Vorredner.

Secretair Speck trat diesen Ausführungen allenthalben bei.

Nach dem Deputations-Antrage beschloß die Kammer, diese Petition der königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben.

53) Die Städte Geringswalde, Rochlitz, Hartha und Waldheim empfehlen die Erbauung einer normalspurigen Secundairbahn von Waldheim über Hartha nach Rochlitz.

Die Abgg. Müller-Leisnig, Kreßner und Meyer sprachen für diese Petition, die man der königl. Staatsregierung zur Erwägung überwies.

54) Die Gemeinden Hennersdorf, Ammelsdorf, Schönfeld, Sayda, Rehefeld, Brambach, Hermsdorf, Reichenau, Hartmannsdorf, Röthenbach, Beerwaldsdorf, Klingenberg u. a. bitten um Aufschließung des wilden Weißeritzthales durch einen Bahnbau nach Frauenstein.

Eine zweite Petition hält die Einbeziehung Frauensteins durch eine Eisenbahnverbindung zwischen der Linie Chemnitz-Dresden und Frauenstein resp. über Frauenstein und im Anschlusse an die Linie Bienenmühle-Moldau für wünschenswerth.

Für diese Petition erwärmten sich die Abgg. v. Seydewitz, Steyer und Wetzlich.

Die Kammer beschloß: „die vorgenannten Petitionen, soweit sie eine Einbeziehung Frauensteins in die Schienenverbindung erbitten, der k. Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben, im Uebrigen aber auf sich beruhen zu lassen“.

55) Der Gemeinderath zu Carlsfeld und das Eisenbahncomité Wilzschhaus-Carlsfeld, sowie einige Industrielle bitten um eine Schmalspurbahn von Wilzschhaus nach Carlsfeld.

Die Kammer beschloß die Ueberweisung der Petition an die k. Staatsregierung zur Kenntnißnahme.

56) Das Eisenbahncomité zu Mohorn, Limbach und Rossen, sowie der Stadtrath und die Stadtverordneten zu Roßwein ersuchen die Stände um Fortführung der Potschappel-Wilsdruffer Eisenbahn über Chausseehaus Limbach nach Nossen.

Die Abgg. Horst, von Bosse und von Seydewitz traten für diese Petition ein.

Es ward deren Ueberweisung an die k. Staatsregierung zur Kenntnißnahme beschlossen.

57) Die Gemeinden Wolkenstein, Jöhstadt und Genossen bitten um eine Eisenbahn von Wolkenstein nach Jöhstadt.

Nach kurzer Befürwortung seitens der Abgg. Crüwell, Uhlig und Möbius beschloß die Kammer die Ueberweisung zur Erwägung.

58) Die Errichtung einer Haltestelle in der Wilsdruffer Vorstadt zu Dresden ist das Schmerzenskind der Stadt Dresden. Der Bezirksverein der Wilsdruffer Vorstadt und Friedrichstadt hat noch weitergehende Wünsche, die von den Abgg. Bönisch und Wetzlich lebhaft unterstützt werden.

Die Kammer beschloß: die Petition des Bürgervereins Wilsdruffer Vorstadt und Genossen, sowie die des Bezirksvereins Wilsdruffer Vorstadt und Friedrichstadt um Errichtung eines Personenbahnhofs zwischen der Wilsdruffer Vorstadt und Friedrichstadt der königlichen Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben.

59) Der Stadtrath zu Wurzen befürwortet den Weiterbau der Muldenthalbahn von Wurzen bis Eilenburg.

Man läßt diese Petition auf sich beruhen.

60) Die Petition der Bewohner von Lütternitz und Genossen um Herstellung einer Güterhaltestelle in Zschaitz überwies man der kgl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme.

61) Die Gemeinden, Kirchen- und Schulbehörden in Zwota bitten um Erweiterung der Haltestelle Unterzwota zur Güterabfertigung und um Errichtung einer zweiten Haltestelle im oberen Ortstheile.

Die Deputation hatte beantragt: die obgedachte Petition, insoweit sie auf Verbesserung des Güterverkehrs in Zwota abzielt, der königlichen Staatsregierung zur Erwägung, insoweit sie auf Errichtung einer neuen Personenhaltestelle gerichtet ist, der königlichen Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben.

Die Kammer trat diesem Antrage bei.

Hiermit Schluß der Sitzung Nachmittags 2 Uhr.

Nächste Sitzung morgen Vormittag 10 Uhr.

Reichstag.

(Specialbericht des „Leipziger Tageblattes“.)

49. Sitzung vom 29. Februar, 1 Uhr.

Der dem Abg. Buderus neulich versagte Urlaub wird heute bewilligt, da Abg. Buderus, wie der Präsident unter der Heiterkeit des Hauses mittheilt, um den Urlaub behufs seiner Verheirathung nachsucht.

Das Haus tritt in die zweite Berathung des vom Abg. Mundel eingebrachten Antrags auf

Ausdehnung der Schwurgerichte auf politische und Preßvergehen.

Abg. Mundel (freis.): Wo es sich um die Stärkung des Rechtsbewußtseins handelt, da wird vor Allem die Stärkung des Laienelements beim Gerichtsverfahren erforderlich sein. Namentlich in letzter Zeit sind in politischen Processen Entscheidungen gefällt worden, die nicht immer mit dem Volksbewußtsein übereinstimmen. Das ist auch ganz natürlich, der herrschenden politischen Richtung kann sich auf die Dauer der Berufsrichter nicht entziehen. Die Verhältnisse liegen für Deutschland gegenwärtig doch ebenso wie 1865 für Preußen. Urtheile, wie in dem Falle Dürbolt, wären unter Mitwirkung von Laien sicherlich anders ausgefallen. Die Regierungen verlangen jetzt ihrerseits durch die Forderung der Beschränkung der Oeffentlichkeit im Gerichtsverfahren eine Aenderung des Gerichtsverfahrens — in einem solchen Zeitpuncte ist es unsere Pflicht, die alte, seit 1848 stets geforderte Ausdehnung der Zuständigkeit der Schwurgerichte energisch zu verlangen.

Abg. v. Reinbaben (Reichsp.): Die Hauptsache bei Preßprocessen ist die Unbefangenheit der Urtheilenden — nun glaube ich aber, daß gerade die Mitglieder der Schwurgerichte, die mitten im politischen Leben stehen, sich am wenigsten von dem Einflusse ihrer politischen Anschauung werden frei halten können. Viel eher werden doch die gelehrten Richter in der Lage sein, objectiv und ohne Rücksicht auf ihre politische Ueberzeugung zu urtheilen. Der Druck von Oben ist niemals so groß wie der von Unten.

Abg. Kulemann (nationall.): Ich bin damit einverstanden, daß die politischen und Preßvergehen unter Zuziehung von Laienrichtern abgeurtheilt werden. Nur darf nicht das Schwurgericht, das auf die Schuldfrage nur ja oder nein zu antworten hat, über diese Vergehen entscheiden, sondern vielmehr das Schöffengericht. Ich glaube überhaupt, dem Schöffengericht gehört die Zukunft, es muß überall eingeführt werden außer beim Reichsgericht. Die von dem Antragsteller gerügten Uebelstände sind doch verschwindend gering; sie beweisen aber auch Nichts, denn die Beeinflussung durch die politische Strömung ist doch viel öfter bei den Laien als bei den Berufsrichtern möglich. Meine politischen Freunde werden daher gegen den Antrag stimmen.

Abg. Edler v. Graeve (Pole) behauptet nach den in seiner Heimat gemachten Erfahrungen, daß der Druck von Oben auf die Rechtsprechung weit erheblicher sei, als der Einfluß von Unten. Seine politischen Freunde würden für den Antrag stimmen.

Abg. Traeger (freis.): Ich möchte die Gegner unseres Antrags doch darauf aufmerksam machen, daß gegenwärtig viele Strafanträge, die nach der Art ihrer Materie vor das Schwurgericht gehören, gar nicht erhoben werden, weil der Staatsanwalt sich sagt, vor dem Schwurgerichte komme ich mit einem solchen Antrage nicht durch, das könnte ich nur bei Berufsrichtern durchsetzen. Wir glauben daher, daß nach Annahme unseres Antrages auch viel weniger Strafanträge gestellt werden würden. Daß die Berufsrichter von der politischen Strömung beeinflußt werden, kann doch nicht überraschen, nachdem in Preußen der Minister des Innern vor einigen Jahren erklärt hat, daß bei der Anstellung von Beamten das politische Verhalten der Betreffenden berücksichtigt werde. Schon der Umstand, daß wenn ein Urtheilsspruch der allgemeinen Meinung widerspricht, das Publicum vielfach glaubt, das Urtheil sei parteipolitisch beeinflußt worden — schon dieser Umstand ist gefährlich und spricht für unsern Antrag. (Beifall links.)

Abg. Dr. Hartmann (cons.): Ich will nur den Ausführungen des Abg. v. Graeve entgegentreten. Der Druck von oben beeinflußt den Richter nicht, denn seine Existenz kann nicht gefährdet werden — ebenso kann ihn der Druck von unten nicht beeinflussen. Dagegen ist für den Geschworenen der Druck von unten sehr gefährlich, oft könne seine ganze bürgerliche Existenz und alle seine geschäftlichen und privaten Beziehungen in Frage gestellt werden.

Abg. Mundel erklärt, daß er bei der Aussichtslosigkeit seines Antrages denselben zurückziehe.

Die gleiche Erklärung geben die

Abgg. Mundel und Dr. Reichensperger auf den folgenden Gegenstand der Tagesordnung, den Antrag auf Wiedereinführung der Berufung, ab.

Es folgt die zweite Berathung der von den Abgg. Ackermann u. Gen., sowie von den Abgg. Hitze u. Gen. gestellten Anträge auf Einführung des Befähigungsnachweises.

Abg. Ackermann (cons.) verweist zur Unterstützung seines Antrags auf die zahlreichen Petitionen aus Handwerkerkreisen, die zu Gunsten des Befähigungsnachweises eingegangen sind.

Abg. Dr. Baumbach (freis.): Ich glaube, es wird sich nicht empfehlen, über diese Anträge noch lange zu debattiren, es ist Zeit, daß einmal für diese Frage die Würfel fallen, damit dann endlich diese agitatorischen Anträge aus dem Handwerkerleben verschwinden und die Innungsfreunde erkennen, wie die Regierungen zu dieser Frage stehen. Vor wenigen Tagen erst sind die Petitionen des Dortmunder Handwerkertages hier lautlos zum Orkus hinabgeglitten; sie verlangten die Einführung der Arbeitsbücher und gehören zu jenen Petitionen, die als ungeeignet zur Behandlung im Plenum bezeichnet werden. So wird es hoffentlich auch diesen Anträgen gehen. Ich möchte Auskunft darüber erbitten, ob Jemand, der sein Barbiergewerbe gemacht hat, nun nach §. 14a noch ein Friseurexamen machen muß oder ohne dies sich die Kopfhaare der Nebenmenschen anzusehen darf. Eine gleiche Frage muß ich in Bezug auf die Stuhlmacher und Tischler stellen. Wohin man mit solchen Anträgen kommt, zeigt ein Vorfall in Linz, wo die Anstreicher den Tischlern das Recht bestritten haben, die gearbeiteten Schränke selbst anzustreichen. (Heiterkeit.) Und während man in Oesterreich bereits erkannt hat, so kann es nicht weiter gehen, kommt man hier mit Anträgen, die bei uns die gleichen Uebelstände herbeiführen würden. Ich schätze die Handwerker höher, die nicht nach Staatshilfe rufen und hoffe, daß die Ausdauer des deutschen Handwerkers ohne diese gefährlichen Bestimmungen zum Ziele kommen wird.

Abg. Biehl (Centr.) bezeichnet die Berichte der Handelskammern als nicht maßgebend, da ja in den Handelskammern Leute sitzen, welche das Bestreben haben, das Handwerk zu unterdrücken und aufzusaugen (Widerspruch links). Man bedürfe des Eingriffs der Polizei um einen Schutz gegen die schrankenlose Gewerbefreiheit zu besitzen — zum Mindesten müsse der Befähigungsnachweis für das Bauhandwerk eingeführt werden.

Geh. Reg.-Rath Lohmann erwidert, daß in Bezug auf das Bauhandwerk die Erhebungen noch nicht beendigt seien und die Regierungen daher darüber noch keine Beschlüsse haben fassen können.

Abg. Duvigneau (nat.-lib.): Wir besitzen freie facultative Innungen und haben für diese schon genug zu zahlen (Zustimmung links). Diese Anträge hier aber führen uns direct in die Zwangsinnung, dann fehlen uns nur noch Bestimmungen über die Zusicherung einer festen Kundschaft. (Heiterkeit.) Herr Biehl hätte den Angriff auf das Großcapital besser unterlassen — ohne Betheiligung des Capitals würde das Handwerk doch zu Grunde gehen, denn wem verdankt denn das Kunsthandwerk seine Blüthe, wenn nicht dem Capital! (Zustimmung.) Ueber Pfuscherarbeit und Bönhasen ist doch niemals so geklagt worden als gerade zur Zeit der absoluten Innungsherrschaft. Eine Classification der Handwerker, eine Begrenzung des Groß- und Kleinbetriebs ist heutzutage doch nicht mehr möglich — und was hilft dann der Befähigungsnachweis eines Handwerkers, wenn derselbe ein Schwindler ist? Dann müßten Sie auch den moralischen Befähigungsnachweis einführen. Darum ersuche ich Sie, den Antrag ganz abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)

Die Discussion wird geschlossen.

§. 14a, welcher die Handwerkerarten feststellt, für welche der Befähigungsnachweis erforderlich ist, wird in namentlicher Abstimmung mit 115 gegen 114 Stimmen angenommen; ein Mitglied enthält sich der Abstimmung.

Für den Antrag die Conservativen, das Centrum und ein Theil der Reichspartei.

§. 14b bestimmt, daß der Bundesrath auch für andere Handwerksarten den Befähigungsnachweis verlangen kann.

Der Paragraph wird mit 114 gegen 105 Stimmen angenommen.

* Ueber den Schluß der Sitzung meldet uns ein Telegramm: §. 14c wurde angenommen. — Morgen Donnerstag Fortsetzung der Tagesordnung und Antrag, betreffend die Sonntagsruhe.

Literatur.

„Wir Deutschen fürchten Gott und nichts sonst in der Welt!“ Eine bleibende schöne Erinnerung an diese denkwürdigen Worte unseres Reichskanzlers ist in einem schmucken, vorzüglich ausgeführten Tableau geschaffen, welches soeben zum Preise von 60 ₰ in Commission bei Rudolf & Dieterici in Annaberg erschienen ist. Das vortrefflich als patriotischer Zimmerschmuck geeignete Blatt weist in Gold- und Buntdruck das charakteristische Portrait des Reichskanzlers auf, die zur Abwehr bereite Germania und ein schwungvolles Gedicht H. d'Altona's. Das zeitgemäße Blatt sollte in keinem deutschen Hause fehlen.

* * *

Geschichte der deutschen Kunst. I. Die Baukunst von R. Dohme. II. Die Plastik von W. Bode. III. Die Malerei von H. Janitschek. IV. Der Kupferstich und Holzschnitt von C. von Lützow. V. Das Kunstgewerbe von Jak. von Falke. Mit über 1000 Text-Illustrationen, Tafeln und Farbendrucken. Verlag der G. Grote'schen Verlagsbuchhandlung in Berlin. Von diesem gemeinsamen Werke anerkannter und hochgeschätzter Autoren sind abermals mehrere Fortsetzungen erschienen, welche es nun der baldigen Vollendung entgegenbringen. Auch die neuen Hefte bewähren die Berechtigung der auszeichnenden Beurtheilung, welche das Werk bisher in seltener Einmüthigkeit aller kritischen Stimmen erfahren hat. Da mit dem fortschreitenden Erscheinen Kenntniß und Würdigkeit seiner Vorzüge mehr und mehr in das Publicum gedrungen ist, so eröffnet die Grote'sche Verlagsbuchhandlung gegenwärtig eine neue Subscription, durch welche in der bequemen Bezugsweise von 18 (monatlich erscheinenden) Abtheilungen à 3 ℳ neuen Freunden des vortrefflichen Werkes die Anschaffung sehr leicht gemacht wird. Diese Gelegenheit zu ergreifen, versäume Niemand, der für unsere nationale Kunst genug warmes Gefühl besitzt, um ihr einen Platz unter seinen Büchern zu schenken. Er erwirbt ein Werk, das ihm zeitlebens zur Freude gereicht, das nicht veraltet und stets seinen Werth behält. Die Darstellung zeichnet sich ebenso sehr durch Gründlichkeit und Klarheit, wie durch glückliche Gruppirung aus und ist überall mit feinem Verständniß durchgeführt. Dem gediegenen Inhalte geht eine glänzende, wahrhaft vornehme artistische Ausstattung zur Seite. Die Abbildungen sind sehr zahlreich und schön, und nicht nur durch ihre treffliche Auswahl, sondern auch durch ihre Ausführung ausgezeichnet. Fast auf jeder Textseite ist eine Illustration und außerdem sind noch etwa 200 große Tafeln beigegeben, unter denen sich auch viele Farbendrucke befinden. Die Abbildungen sind durchweg werthvoll und geben der Grote'schen „Geschichte der deutschen Kunst“ das edle Gepräge eines künstlerisch schönen Prachtwerkes ersten Ranges. **

* * *

Deutsche Kunstgeschichte von H. Knackfuß, Professor an der königl. Kunstakademie zu Kassel. Vollständig in 2 Bänden mit etwa 750 Abbildungen, erscheinend in 5 Abtheilungen à 4 ℳ, vollständig 20 ℳ. Verlag von Velhagen & Klasing in Bielefeld und Leipzig. — In der soeben erschienenen 1. Abtheilung liegt der Anfang eines vielversprechenden Werkes vor, das die deutsche Kunst in allen ihren Verzweigungen von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart darstellen soll. Der Verfasser schreibt klar und anschaulich unter Vermeidung aller unnöthigen Fremdworte und Kunstausdrücke. Eine Menge sorgfältig ausgeführter Abbildungen veranschaulicht das beschreibende Wort. Nach dem vorliegenden Anfange zu urtheilen wird das Werk eine werthvolle Bereicherung unserer Literatur werden. **

† Dresden, 29. Februar. Ihre Majestäten der König und die Königin werden sich am nächsten Montag, den 5. März, früh nach München begeben, um am dortigen königl. Hofe einen Besuch abzustatten. Ihre Majestät die Königin wird von München aus am Dienstag, den 6. März, Abends nach Riva weiterreisen, woselbst ein dreiwöchiger Aufenthalt in Aussicht genommen ist. Im allerhöchsten Gefolge werden sich befinden: der Generaladjutant Generallieutenant v. Carlowitz, der Flügeladjutant Oberstlieutenant v. Schimpff, der Oberhofmeister wirkl. Geh. Rath v. Lüttichau und die Hofdame Fräulein v. Carlowitz. — Se. Majestät der König hat Allergnädigst geruht, dem vortragenden Rathe im Ministerium des Innern und ersten landwirthschaftlichen Rath bei der Abtheilung der Kreishauptmannschaft zu Dresden für die Geschäfte der vormaligen General-Commission für Ablösungen und Gemeinheitstheilungen, Geheimen Regierungsrath Koch, die nachgesuchte Versetzung in den Ruhestand zu bewilligen. — Se. Majestät der König hat Allergnädigst geruht, dem Gemeindevorstande Schröder in Ottendorf das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Nach Schluß der Redaction eingegangen.

* Karlsruhe, 29. Februar. Prinz Wilhelm von Preußen reist Nachts 1½ Uhr nach San Remo ab.

* Wien, 29. Februar. Die Creditanstalt theilt mit, daß Director Weiß wegen vorgerückten Alters zurückgetreten sei. Derselbe verbleibt als stellvertretender Director, bis ein geeigneter Ersatz gefunden ist.

* Paris, 29. Februar. (Kammer.) Bei der Berathung über das Budget des Auswärtigen kam der Marquis von Breteuil auf die durch die Tripelallianz geschaffene Lage zu sprechen, erklärte, dem Auslande gegenüber gebe es weder Monarchisten, noch Republikaner und betonte die Nothwendigkeit, der Unbeständigkeit des Ministeriums, namentlich des Krieges und der Marine, ein Ende zu sehen. Die Rechte werde niemals Schwierigkeiten schaffen, indem sie die Interessen des Vaterlandes über die Interessen der Partei stelle. Dem Zaren müßte Frankreich Sympathie bezeugen, ohne zu übertreiben. Der Redner freut sich, daß das Mißverständniß mit England beseitigt sei, auch gegen Italien habe Frankreich kein Uebelwollen. Der Redner schließt: zeigen wir, daß die Nation den Frieden will, den Krieg aber nicht fürchtet; weisen wir jede Idee eines Offensivkrieges ab.

* Paris, 29. Februar. (Kammer.) Im weiteren Verlaufe der Berathung beantragte Flourens die Wiedereinstellung des Budgetpostens für die französische Botschaft beim Vatican, welcher von der Budgetcommission gestrichen war, das gegenwärtige Verhältniß verlange gebieterisch die Wiederherstellung der Botschaft. Alle Staaten, welche Schwierigkeiten mit dem Vatican gehabt hätten, knüpften wieder die diplomatischen Beziehungen zu demselben an. Der Einfluß Frankreichs im Orient werde von den europäischen Mächten angegriffen und ein ganz besonderes Actionsmittel Frankreichs im Orient sei die Botschaft beim Vatican. Ihre Abschaffung hätten heiße beschließen, daß die Kinder in den Schulen der Levante künftig nur italienisch lernten. Dies sei eine Frage des Patriotismus, welche die Kammer verstehen werde. Zahlreiche Zustimmung. Pelletan war gegen die Bewilligung. Ticard unterstützte die Ausführungen Flourens. Der Budgetposten für die Botschaft im Vatican wurde mit 294 gegen 240 Stimmen wieder hergestellt.

* London, 29. Februar. (Unterhaus.) Die Berathung über die Abänderung der Geschäftsordnung wird fortgesetzt und die Anträge der Regierung bis zur zwölften Resolution einschließlich, theilweise mit Amendements, denen die Regierung zustimmte, angenommen. Dieselben bestimmen, daß der Präsident bei verschleppenden Anträgen von der namentlichen Abstimmung ablehen kann, und die zweite Lesung der Antwortadresse auf die Thronrede wegfällt. Die Debatte wurde auf Dienstag vertagt. — Der parnellitische Deputirte Pyne wurde heute in Clonmel wegen einer aufrührerischen Rede zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt. Er legte Berufung ein.

* Petersburg, 28. Februar. (Privattelegramm.) Prinz Hohenlohe, der den Versuch gemacht hat, sich das Leben zu nehmen, lebt noch, doch geben die Aerzte keine Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Die Kugel ist glücklich herausgenommen, doch hat der Patient das Bewußtsein auch nicht auf einen Augenblick wieder erlangt und die Hitze entwickelt sich immer mehr.

* Warschau, 29. Februar. (Privattelegramm.) Der Flügeladjutant des Kaisers und Commandeur des Dragoner-Leibgarde-Regiments von Kleizels, ist zum Oberpolizeimeister von Warschau an Stelle des Generals Graf Tolstoj ernannt.

Verantwortlicher Redacteur Heinrich Uhle in Leipzig.
Für den musikalischen Theil Professor Dr. Oscar Paul in Leipzig.